



## **WELCOME2BW** **Newsletter für Engagierte 5/19**

**Liebe Engagierte in der Flüchtlingsarbeit,**

Sie erhalten heute den neuen Newsletter des Projektes „**Welcome2BW**“ mit Informationen, die für Sie als Engagierte in der Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg nützlich sind sowie Hinweise auf relevante Materialien, Veröffentlichungen und Veranstaltungen.

Gerne dürfen Sie diesen Newsletter an Kolleg\*innen und andere Interessierte weiterleiten.

Wenn Sie den Newsletter abbestellen wollen, schicken Sie uns bitte eine E-Mail an [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de).

**Wir wünschen Ihnen viel Freude beim Lesen!**

### **Inhalt:**

<b><u>1. Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg</u></b>	<b>S. 2</b>
<b><u>2. Flüchtlingspolitik und Herkunftsländer</u></b>	<b>S. 3</b>
<b><u>3. Rechtsprechung</u></b>	<b>S. 5</b>
<b><u>4. Materialien und Veröffentlichungen</u></b>	<b>S. 5</b>
<b><u>5. Veranstaltungshinweise</u></b>	<b>S. 6</b>
<b><u>6. Stellenanzeigen</u></b>	<b>S. 8</b>
<b><u>7. Impressum</u></b>	<b>S. 8</b>

# 1. Flüchtlingsarbeit in Baden-Württemberg

## Demo "Ein Europa für Alle - deine Stimme gegen Nationalismus"

Am 19. Mai fanden europaweit in über 50 Städten Demonstrationen statt. Ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen (unter anderem PRO ASYL) hatte dazu aufgerufen, für ein demokratisches, friedliches, solidarisches und ökologisches Europa und gegen Nationalismus auf die Straße zu gehen. Allein in Deutschland sollen über 150.000 Menschen an den Demonstrationen teilgenommen haben. In Stuttgart waren es laut Veranstalter 12.000. Vielen Dank an alle, die da waren!

- [Artikel des SWR](#)

## LEA Ellwangen bleibt bestehen

*Land, Kreis und Stadt unterzeichnen Vereinbarung über Weiterbetrieb*

Das Land Baden-Württemberg, die Stadt Ellwangen und der Ostalbkreis haben einen Vertrag zum Weiterbetrieb der Landeserstaufnahmeeinrichtung in Ellwangen unterschrieben. Damit wird das Engagement der Stadt fortgesetzt und der gemeinsamen Verantwortung von Land und Kommunen Rechnung getragen. Die Vereinbarung sieht ein Weiterbetrieb zunächst bis zum 31.12.2022 vor. Eine Nutzung, die über diesen Zeitpunkt hinausgeht, kommt in Betracht, wenn sich Stadt, Landkreis und das Land hierauf einvernehmlich einigen. Im Regelbetrieb ist eine Unterbringung von bis zu 700 Personen vorgesehen.

- [Presseinfo des Innenministeriums Baden-Württemberg](#)

## Hochschwangere psychisch kranke Frau von ihrem Partner getrennt

*Abschiebung um jeden Preis?!*

Zehn Tage vor Beginn des gesetzlichen Mutterschutzes wurde am 23. April eine hochschwangere Frau nach Albanien abgeschoben, die an einer schweren Depression und einer posttraumatischen Belastungsstörung litt. Durch die Abschiebung wurde die Frau vom Vater des ungeborenen Kindes getrennt. Die Ausländerbehörde in Stuttgart hatte Bedenken bezüglich der Abschiebung geäußert, die vom Regierungspräsidium Karlsruhe ignoriert wurden. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg stuft diese Abschiebung als ein abschreckendes Beispiel dafür ein, wie drastische humanitäre Problemlagen gerade bei besonders schutzbedürftigen Personen zugunsten einer möglichst hohen Abschiebequote missachtet werden.

[Weiterlesen ...](#)

## „Aufnahme von Geflüchteten ist keine Frage von Generosität“

*27 Mannheimer Institutionen fordern: Mannheim soll „Sicherer Hafen“ werden*

Am 12. April haben die Flüchtlingsinitiativen save-me und seebrücke Mannheim eine von der Presse viel beachtete Aktion auf dem Schiff "Wichern" der Evangelischen Kirche Mannheim unternommen, um die Stadt Mannheim zu bewegen, sich der bundesweiten Kampagne von fast 50 Städten, sich zum "Sicheren Hafen" zu erklären, anzuschließen.

- [Pressemitteilung](#)

## **Abschiebehaft in Pforzheim**

Nach der Pressekonferenz der Arbeitsgruppe Abschiebehaft, in welcher diese Ihre Kritik an den Zuständen in dem Abschiebehaftgefängnis ausdrückten, wiesen die Behörden diese Kritik zurück. Außerdem kam es am Tag einer Kundgebung, die am 11. Mai 2019 vor der Haftanstalt in Pforzheim stattfand, zu massiven Repressalien gegenüber den Geflüchteten in der Haft. Das Antirassistische Netzwerk Baden-Württemberg reichte am 26.05.2019 eine Petition beim baden-württembergischen Landtag ein mit der Forderung, eine sofortige Untersuchung der Geschehnisse im Abschiebegefängnis am 11. Mai einzuleiten.

Eine Dokumentation der Ereignisse finden Sie im Folgenden:

- [Bericht zur Pressekonferenz](#)
- [Stellungnahme des Flüchtlingsrates BW zur Zurückweisung der Kritik durch die Behörden](#)
- [Pressemitteilung des Antirassistischen Netzwerkes Baden-Württemberg](#)

## **2. Flüchtlingspolitik und Herkunftsländer**

### **BMI will die Entscheidungspraxis für Syrer\*innen vorerst nicht ändern**

Anfang Mai berichteten Medien, dass das BAMF die Entscheidungen über Asylanträge von Syrer\*innen vorerst ausgesetzt hatte, um eine Abstimmung der Bundesregierung über eine Bewertung der Sicherheitslage in Syrien abzuwarten. Im Vorfeld hatte das BAMF in einigen Fällen anstatt eines subsidiären Schutzes nur noch ein nationales Abschiebungsverbot erteilt. Diese Änderung der Entscheidungspraxis sei allerdings nicht mit dem Bundesinnenministerium abgesprochen gewesen. Mitte Mai berichtete die Zeit, dass Innenminister Seehofer nun mitgeteilt habe, dass die Leitlinien für die Anerkennung syrischer Flüchtlinge vorerst nicht verschärft werden. Es gebe daher keinen Grund, die Asylanträge von Syrer\*innen anders zu bewerten.

- Zeit Online, 15.05.2019: [Horst Seehofer will Asylpraxis vorerst nicht ändern](#)

### **Antifolterkomitee des Europarats kritisiert unverhältnismäßige Gewalt Deutschlands bei Abschiebungen**

Im August 2018 begleitete das Antifolterkomitee des Europarates einen Abschiebecharterflug von München nach Kabul. Das Antifolterkomitee lobt die Kooperationsbereitschaft der deutschen Behörden, übt aber in einigen Punkten ausführliche Kritik an der Abschiebep Praxis der deutschen Behörden sowie den Umständen in der Abschiebehaft.

Im Rahmen der Abschiebung nach Kabul sei es im Flugzeug durch die Polizei zu Gewaltausübung gekommen, als ein Mann zu schreien und um sich zu schlagen begann.

[Weiterlesen ...](#)

### **Aktuelle Situation für Asylsuchende in Italien**

Am Donnerstag, den 23.05.2019, berichtete das ARD-Magazin Monitor über die Situation von Geflüchteten in Italien. Zehntausende Geflüchtete haben in Italien ihr Recht auf Unterbringung verloren und leben dort auf den Straßen in der Obdachlosigkeit. Trotz des Wissens über die Zustände schiebt Deutschland weiter Geflüchtete im Rahmen der Dublin-III-Verordnung nach Italien ab. Es gelte der "Grundsatz des gegenseitigen

Vertrauens zwischen der Mitgliedstaaten der EU" lässt das Bundesinnenministerium auf Anfrage der ARD verlauten.

Auch die Schweizerische Flüchtlingshilfe hat Anfang Mai einen Bericht über die aktuelle Situation Geflüchteter in Italien herausgegeben sowie die Organisation Borderline-Europe eine Stellungnahme veröffentlicht. In beiden Dokumenten finden sich ausführliche Informationen über das Unterbringungs-System Italiens und Analysen über die Auswirkungen der Salvini-Gesetze für die in Italien schutzsuchenden Menschen.

- [Tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)
- [Bericht des ARD-Magazins Monitor](#)
- [Bericht der Schweizer Flüchtlingshilfe](#)
- [Stellungnahme von Borderline-Europe](#)

### **Artikel, Stellungnahmen und Presseerklärungen zum „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“**

Aufgrund der Vielzahl der Artikel haben wir hier alle Artikel, Stellungnahmen und Presseerklärungen zum von der Bundesregierung geplanten „Geordnete-Rückkehr-Gesetz“ zusammengefasst:

- ["Inakzeptabler Kuhhandel der SPD" - Pro Asyl kritisiert nächste Runde von Gesetzesverschärfungen](#)
- [Presseerklärung von Pro Asyl: Drakonisches Gesetzespaket treibt Entrechtung von Schutzsuchenden voran](#)
- [Presseerklärung von Pro Asyl: 70 Jahre Grundgesetzes](#)
- [Offener Brief an den Bundestag von 22 zivilrechtlichen Organisationen](#)

### **Petition Bleiberecht statt Ausgrenzung**

Medico international und das Komitee für Grundrechte und Demokratie e.V. fordern in ihrer gemeinsam gestarteten Petition Bleiberecht statt Ausgrenzung den Deutschen Bundestag auf: "Alle, die auf Dauer hier leben wollen, sollen zum Anlass des 70. Jahrestages des Grundgesetzes ein Bleiberecht erhalten."

Für Geduldete und Illegalisierte Menschen ist ein Leben in "Freiheit von Furcht und Not" nicht möglich. Ebendies ist jedoch laut Präambel der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte zentrale Bedingung für "unantastbare Würde". Durch Artikel eins des Grundgesetzes sind Staat und Politik dazu verpflichtet, allen, die in Deutschland leben, ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen – nicht nur deutschen Staatsbürger\*innen. Mit der Forderung nach einem Bleiberecht wird ein Schritt in Richtung auf eine Politik eingefordert, die diesen Anspruch endlich ernst nimmt.

- [zur Petition Bleiberecht statt Ausgrenzung](#)

### **IOM: Todesrate bei Flüchtlingen im Mittelmeer so hoch wie nie - jeder achte Bootsflüchtling stirbt!**

Nach Schließung der italienischen Häfen für Schiffe von Hilfsorganisationen und der Verschärfung der Situation in Libyen sind von Januar bis April 2019 257 Menschen auf der zentralen Mittelmeerroute gestorben. Damit hat sich die Todesrate, also das Verhältnis von Verstorbenen zur Gesamtzahl der Bootsflüchtlinge in dieser Region, von 2,6% in 2017 über 3,5% in 2018 auf 12 Prozent erhöht. Da die libysche Küstenwache in diesem Gebiet keine Einsätze mehr fahre, fordern Menschenrechtler, die libysche Seenotrettungszone an Malta zu übertragen.

- [MIGAZIN, 02.05.2019, Todesrate bei Flüchtlingen im Mittelmeer gestiegen](#)

### **Einfach »weiter so« mit Abschiebungen nach Afghanistan?**

*Presseerklärung von PRO ASYL*

Der Europäische Ausschuss zur Verhütung von Folter und unmenschlicher und erniedrigender Behandlung oder Strafe (CPT) hat Kritik an den Zuständen vor und während eines (beobachteten) Abschiebeflugs im August 2018 nach Kabul geäußert. Angesichts der Sicherheitssituation in Afghanistan sind Abschiebungen dorthin generell als unverantwortlich zu bewerten. Mindestens dürfte jedoch "bis zur Umsetzung der von CPT genannten Empfehlungen/Forderungen [...] eigentlich kein einziger Abschiebungsflug abheben", fordert PRO ASYL.

- [Presseerklärung PRO ASYL vom 20.05.2019](#)
- [Bericht des CPT über Abschiebeflug im August 2018](#)
- [Empfehlungen/Forderungen des CPT bezüglich Praktiken bei Abschiebungsflügen](#)

## **3. Rechtsprechung**

### **VGH Mannheim: Klage gegen Widerruf des Schutzstatus hat grundsätzlich aufschiebende Wirkung**

*Widerruf des Aufenthaltstitels erst bei endgültigem Fortfall des Schutzstatus zulässig*

Wer vom Bundesamt einen Bescheid erhält, mit dem der im Asylverfahren gewährte Schutzstatus widerrufen wird, kann hiergegen innerhalb von zwei Wochen Klage erheben. Diese Klage hat grundsätzlich aufschiebende Wirkung, gleich, ob der Flüchtlingsschutz, der subsidiäre Schutz oder ein vom Bundesamt festgestelltes nationales Abschiebungsverbot widerrufen wird. Die aufschiebende Wirkung der Klage entfällt nur ausnahmsweise, entweder weil der Widerruf Folge eines nachträglich verwirklichten Ausschlussgrundes (v.a. schwere Straftaten) oder durch das Bundesamt ausdrücklich für sofort vollziehbar erklärt worden ist.

[Weiterlesen ...](#)

## **4. Materialien und Veröffentlichungen**

### **"Wie finde ich eine Ausbildung?"**

*Mehrsprachiges YouTube-Tutorial vom Flüchtlingsrat Thüringen*

Welche Schritte müssen gegangen werden, um eine Ausbildung zu finden? Wie ist eigentlich eine Ausbildung aufgebaut? Inwiefern stellt die Ausbildungsduhlung eine Möglichkeit der Bleibeperspektive in Deutschland dar? Um auf solche Fragen möglichst niedrigschwellige erste Antworten zu liefern, hat der Flüchtlingsrat Thüringen e.V. im Projekt BLEIBdran ein Youtube-Tutorial erstellt. Das Tutorial liegt auf den Sprachen Arabisch, Dari, Deutsch, Französisch, Serbokroatisch und Tigrinya vor.

- Flüchtlingsrat Thüringen, [YouTube-Tutorial: Wie finde ich eine Ausbildung?](#)

### **Broschüre: Für ein Recht auf Familienleben für Alle!**

Der Verband binationaler Familien und Partnerschaften hat in Kooperation mit Pro Asyl, dem BumF und der

Initiative Familienleben für Alle eine Broschüre mit dem Titel "Ein Recht auf Familienleben für Alle" erstellt. Die Broschüre befasst sich mit den Herausforderungen und Problemen rund um das Thema Familiennachzug in verschiedenen Konstellationen. Sie übt Kritik an den restriktiven rechtlichen Regelungen, die in der Praxis dazu führen, dass den Menschen ihr Recht auf das Leben von Ehe und Familie oftmals verweigert wird.

- [Zur Broschüre: Für ein Recht auf Familienleben für Alle!](#)

### **Arbeitshilfen zum Asyl- und Klageverfahren bei unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen**

Der BumF, der Flüchtlingsrat Thüringen und der Flüchtlingsrat Niedersachsen haben drei kurze Arbeitshilfen zum Asyl- und Klageverfahren erstellt, die Vormünder\*innen und andere Personen, welche unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umF) und junge volljährige Geflüchtete begleiten und beraten, hilfreiche Praxistipps geben und rechtliche Grundlagen vermitteln.

1. Der Asylantrag für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge - Zur Bedeutung der Stellung eines Asylantrags in der Minderjährigkeit [zum Download](#)
2. Der BAMF-Bescheid im Asylverfahren - Zum Umgang mit BAMF-Bescheiden von umF und jungen volljährigen Geflüchteten bei teilweiser oder vollständiger Ablehnung im Asylverfahren [zum Download](#)
3. Das Klageverfahren - Begleitung von umF und jungen volljährigen Geflüchteten im asylrechtlichen Verfahren vor dem Verwaltungsgericht [zum Download](#)

## **5. Veranstaltungshinweise**

### **Filmvorführung "Die Mission der Lifeline" mit anschließendem Podiumsgespräch**

*6. Juni 2019, 18:30 Uhr, Innenstadt kino Stuttgart, Königstraße 22, 70173 Stuttgart*

Ein Filmteam hat Seenotretter im Mittelmeer begleitet. „Die Mission der Lifeline“ thematisiert die Rettung Geflüchteter und offenbart einen gesellschaftlichen Konflikt. Der Filmemacher Markus Weinberg beschäftigt sich in seinem Dokumentarfilm mit dem Dresdner Verein „Mission Lifeline“. Der Verein macht sich auf den Weg in ein gefährliches Unterfangen: Wie eine Gruppe Dresdner, gegen viele Widerstände, ein Schiff ins Mittelmeer brachte, um Menschen vor dem Ertrinken zu retten.

Einmalige Sondervorstellung in Anwesenheit von Teilen der Crew und dem Regisseur Markus Weinberg. Der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg ist Mitveranstalter der Filmvorführung.

- [Informationen zum Film auf der Website](#)
- [Trailer zum Film](#)

### **Ausschreibung für 5. Berghof Sommerschule für junge Friedenstifter\*innen**

Der Programmbereich Friedenspädagogik & Globales Lernen veranstaltet vom 29. Juli bis 02. Juli 2019 die 5. Berghof Sommerschule für junge Friedenstifter\*innen im Georg-Zundel Haus der Berghof Foundation in Tübingen. Die Sommerschule trägt den Titel „Frieden stiften. Berghof Sommerschule für Jugendliche mit und ohne Fluchterfahrung“ und unterstützt junge Menschen in ihrem Engagement für eine friedlichere Gesellschaft, vermittelt friedenspädagogische Grundkenntnisse und schafft Raum für Austausch zum Umgang mit Hass, Hetze und Trauma.

Die Sommerschule freut sich über Bewerbungen von Jugendlichen zwischen 18 und 29 Jahren mit und ohne Fluchterfahrung.

Bewerbungsschluss ist der Sonntag, der 16. Juni 2019.

Weitere Informationen finden sich hier:

- [Homepage der Berghof Foundation](#)
- [Ausschreibungstext](#)

### **Tagesworkshop zum Thema „Anti-Bias in der Arbeit mit Geflüchteten - Diversität anerkennen und Vorurteile abbauen“**

*Samstag, 29. Juni 2019, 9:30 bis 15:30 Uhr, Weihbischof-Gnädiger-Haus, Alois-Eckert-Straße 6, 79111 Freiburg*

Anti-Bias ist ein pädagogischer Ansatz, der Vorurteile bewusst und zum Abbau von Diskriminierung beitragen soll. Dabei werden Kultur und Sprache, Geschlecht, sozialer Status, sexuelle Orientierung, Behinderung, Hautfarbe und Religion berücksichtigt. Mareike Krebs, Kultur- und Islamwissenschaftlerin, Anti-Bias-Trainerin und Referentin bei IN VIA Deutschland im Fachbereich Frauen und Migration wird mit den Teilnehmer\*innen Übungen machen und im Anschluss über die Chancen und Herausforderungen in der Arbeit mit Geflüchteten nachdenken. Die Veranstaltung ist kostenfrei, um Anmeldung bis zum 19. Juni 2019 unter [theresa.stecklum@caritas-bh.de](mailto:theresa.stecklum@caritas-bh.de) wird gebeten.

- [Veranstaltungsflyer](#)

Computerkurs für Flüchtlinge in Karlsruhe

*Montag, 24. Juni 2019, 18 bis 20 Uhr, Kaiserstraße 93, 76133 Karlsruhe*

Computerkenntnisse werden in einer digitalisierten Welt immer wichtiger. Ziel dieses Kurses ist es daher, an fünf Abenden spielerisch Grundkenntnisse in Word, Excel, Powerpoint und Outlook zu erlangen.

Veranstalter ist EduRef - ein gemeinnütziger Verein Education for Refugees e.V. aus Karlsruhe mit einer Hochschulgruppe am KIT. Die Teilnahme ist kostenlos. Weitere Information, auch zur Anmeldung bis zum 23.06.2019, unter

- <https://eduref.eu/de/courses/office-2019-06>

### **Informationsabend "Von einem Teller Heimat bis zur Weltreise am Küchentisch - Essen verbindet"**

*Freitag, 07. Juni 2019, 19 Uhr, Rudolf Schmid Saal im GSZ/Generationenhaus Heselach, Gebrüder-Schmid-Weg 13, 70199 Stuttgart*

Zu einer Lesung mit Erfahrungsberichten unter dem Titel "Ein Teller Heimat" - gemeinsame Kochabende in Stuttgart-Süd" laden KUGEL - Kulturen gemeinsam leben - und der Internationale Bund (IB) e.V. ein. Dabei stellt die Autorin Iris Lemancyk ihr neues Buch "Weltreise am Küchentisch" vor. Der Eintritt ist frei. Weitere Informationen [hier](#).

## **Aufruf zur IMK-Demonstration: #HIERGEBLIEBEN - Gegen Abschiebung, Polizeiallmacht und Rassismus**

*Mi., 12.06., 18.00 Uhr in Kiel*

Ein großes Bündnis unter Beteiligung der Flüchtlingsräte ruft anlässlich der Frühjahrskonferenz der Innenminister des Bundes und der Länder zur Demonstration am Mittwoch, den 12.06.2019, um 18 Uhr am Platz der Kieler Matrosen in Kiel auf. In Bund und Ländern werden Gesetze und Maßnahmen vorangetrieben, die den Schutzanspruch von Geflüchteten und das Engagement der mit ihnen solidarischen Bürger\*innen in Frage stellen. Anlässlich der Frühjahrskonferenz der Innenminister des Bundes und der Länder, die unter schleswig-holsteinischem Vorsitz vom 12. bis zum 14.6.2019 in Kiel und Rendsburg stattfindet, fordern wir ein angstfreies Leben und Bleiberecht für alle Geflüchtete sowie das Ende der Kriminalisierungsversuche solidarischen Engagements von Bürger\*innen!

- Den kompletten Aufruf hier lesen

## **6. Stellenanzeigen**

### **Stellenanzeige: anwaltliche Verstärkung in Ludwigsburg gesucht**

Sie sind Anwältin/Anwalt und interessieren sich für Migrationsrecht und/oder Allgemeines Zivilrecht und/oder Familienrecht? Dann sollten wir uns kennenlernen!

Bei uns finden Sie ein vielfältiges Arbeitsfeld mit viel Potential zur Weiterentwicklung, ein angenehmes und professionelles Betriebsklima, schöne Räume am barocken Ludwigsburger Marktplatz und flexible Arbeitszeiten. Gerne sprechen wir über Ihre möglichen Arbeitsfelder, die Frage einer freien Mitarbeit oder Festanstellung und Ihre Vergütung. Wir freuen uns auf Ihre Bewerbung!

Anwaltskanzlei Hönlinger

Marktplatz 5/1

71634 Ludwigsburg

Tel: 07141 6887888

[kanzlei@rahoenlinger.de](mailto:kanzlei@rahoenlinger.de)

[www.rahoenlinger.de](http://www.rahoenlinger.de)

## **7. Impressum**

### **Projekt „Welcome2BW“**

Der Newsletter wird im Rahmen des Projektes „Welcome2BW“ herausgegeben. Das Kooperationsprojekt „Welcome2BW“ will dazu beitragen, Asylsuchenden das Ankommen in Baden-Württemberg zu erleichtern und die Aufnahmebedingungen für geflüchtete Menschen konkret zu verbessern. Dazu haben sich der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg, die Diakonischen Werke Breisgau-Hochschwarzwald, Lörrach, Freiburg und Ortenau sowie die Türkische Gemeinde Baden-Württemberg zu einem landesweiten Projektverbund zusammengeschlossen.

Unsere Angebote richten sich an Asylsuchende, an Flüchtlinge mit Bleiberecht sowie ehrenamtlich Engagierte in der Flüchtlingshilfe. Dieser Newsletter richtet sich schwerpunktmäßig an Hauptamtliche der



Flüchtlingsarbeit.

Projektlaufzeit: Juli 2018 - Juni 2020

Dieses Projekt wird aus Mitteln des Asyl-, Migrations- und Integrationsfonds und von der UNO-Flüchtlingshilfe kofinanziert.

## **FLÜCHTLINGSRAT BADEN-WÜRTTEMBERG**

Redaktionell verantwortlich: Seán McGinley, Stella Hofmann

Geschäftsstelle, Hauptstätter Str. 57 - 70178 Stuttgart

Tel.: 0711 - 55 32 83-4 -- Fax.: 0711 - 55 32 83-5

E-Mail: [info@fluechtlingsrat-bw.de](mailto:info@fluechtlingsrat-bw.de)

Web: [www.fluechtlingsrat-bw.de](http://www.fluechtlingsrat-bw.de)